

Berichte aus der Rechtswissenschaft

**Markus Rotter**

**Das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz  
(SteuerHBekG)**

Eine unilaterale Maßnahme eingebettet in den globalen  
Gesamtkontext der Bekämpfung der Steuerhinterziehung  
und des "schädlichen" Steuerwettbewerbs

Shaker Verlag  
Aachen 2012

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Universität Potsdam, Univ., Diss., 2012

Copyright Shaker Verlag 2012

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-8440-1448-8

ISSN 0945-098X

Shaker Verlag GmbH • Postfach 101818 • 52018 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: [www.shaker.de](http://www.shaker.de) • E-Mail: [info@shaker.de](mailto:info@shaker.de)

Die Steuerhinterziehung ist zwar keine neuzeitliche Erscheinungsform, jedoch haben sich die Methodik und die Dimension wesentlich entwickelt. Mittlerweile kann die Steuerhinterziehung als globales Phänomen bezeichnet werden. Der volkswirtschaftliche Gesamtschaden wird auf einen dreistelligen Milliardenbetrag geschätzt. Auf politischer Ebene wird die Steuerhinterziehung seit knapp 5 Jahren in Deutschland nachhaltig und strategisch bekämpft. Neben temporär durchgeführten Amnestien und der Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige, stand unter anderem mehrfach der Ankauf von Bankdaten auf der Agenda.

Die Thematik der Steuerhinterziehung ist in den vergangenen Jahren intensiv in das Bewusstsein der Bevölkerung gerufen worden. Es konnten Steuerhinterziehungsskandale nahezu auf allen Kontinenten registriert werden, die regelmäßig dazu führten, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Gerechtigkeit des nationalen Steuersystems und die Gleichmäßigkeit im Vollzug der Steuergesetze erheblich erschüttert wurde. Die Bundesrepublik blieb ebenfalls nicht von Steuerhinterziehungsskandalen verschont, wofür auch die medienwirksame inszenierte „Liechtenstein bzw. Zumwinkel-Affäre“ sorgte. Sie war zugleich wesentlicher Anstoß für das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz (SteuerHBekG). Das Ausmaß und die Umstände der Steuerhinterziehung zeigten hier nur beispielhaft die Schwächen der nationalen Ermittlungsmöglichkeiten der Finanzbehörden im Rahmen eines geordneten Besteuerungsverfahrens mit internationalen Berührungspunkten.

Das wesentliche Grundproblem besteht im Zusammenspiel von Deklaration und (territorial beschränkter) Verifikation. Durch das SteuerHBekG sollen die internationalen Bemühungen auf dem Gebiet der Steuerhinterziehung und des „schädlichen“ Steuerwettbewerbs unilateral implementiert und durchgesetzt werden. Mit dem SteuerHBekG verfolgt der Steuergesetzgeber daher einerseits das Ziel, die Möglichkeiten zur Sachverhaltsaufklärung der Finanzbehörde zu verbessern. Andererseits soll ein Anreizsystem implementiert werden, durch welches Staaten oder Gebiete zur Anwendung der OECD-Standards zu Transparenz und effektiven Informationsaustausch veranlasst werden.

Die Arbeit widmet sich, unter Darstellung der Maßnahmen auf bilateraler, unilateraler und europarechtlicher Ebene, zunächst der Einordnung des SteuerHBekG in den globalen

Gesamtkontext der Bekämpfung der Steuerhinterziehung und des „schädlichen“ Steuerwettbewerbs. Hierbei werden die Begriffe „schädlicher“ Steuerwettbewerb, Steuerflucht, Steuerhinterziehung, Steueroasen (tax havens) und Vorzugsbesteuerungsregime (harmful preferential tax regimes) kategorisiert.

In den folgenden Kapiteln wird das SteuerHBekG unter völkerrechtlichen, verfassungsrechtlichen und europarechtlichen Gesichtspunkten bewertet. Dabei spielen Fragen des Treaty Override ebenso eine Rolle, wie die Regelungen des SteuerHBekG vor dem Hintergrund der Artikel 12 Abs. 1, Artikel 14 Abs. 1, 2 Abs. 1 sowie Artikel 3 Abs. 1 GG. Das europarechtliche Kapitel widmet sich sodann der Darstellung der durch die Regelungen des SteuerHBekG beeinträchtigten Grundfreiheiten. Im Anschluss wird mit den ungeschriebenen Rechtfertigungsgründen, insbesondere der Verhinderung des steuerlichen Missbrauchs und der Wirksamkeit der Steueraufsicht, die Kasuistik des EuGH und deren Wandel in der Interpretation aufgezeigt. Im Anschluss folgen allgemeine Verhältnismäßigkeitserwägungen des Gerichtshofs. Hierbei werden vordergründig die Phasen der Entwicklung der Kasuistik im Hinblick auf die Amtshilferichtlinie 77/799/EWG bzw. die Amtshilferichtlinie 2011/16/EU dargestellt.